Zeitschrift: Fachzeitschrift Heim Herausgeber: Heimverband Schweiz

Band: 65 (1994)

Heft: 7

Rubrik: Nachrichten: Kunst im Heim: Bundesamt für Gesundheitswesen:

Pressekonferenz : SBGRL-Kongress : Spitextagung : Thema Spielplatz

: aus dem Bundeshaus : aus den Kantonen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ausstellung im Alters- und Pflegeheim Zunacher, Kriens

MIT MALEN DIE SPRACHE WIEDER ERLERNT

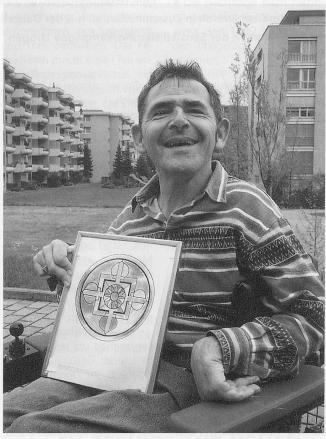
pd. Bis zum 6. August stellen drei Künstlerinnen und Künstler im Alters- und Pflegeheim Zunacher in Kriens ihre Bilder aus. Alle drei Aussteller konnten ihre durch Krankheit oder Unfall entstandenen seelischen und körperlichen Lebenseinschnitte, dank dem Malen, wieder mit dem realen Alltag in Einklang bringen.

Andreas Reges ist 37jährig und wurde 1972 bei einem Autounfall schwer verletzt. Mit einer Hirnquetschung, einem Schädelbruch und einem Stammhirntrauma lag er drei Wochen lang im Koma. Nach dem Erwachen erlangte er die Orientierung und die Sprache nicht wieder. Bei seiner Tätigkeit als Museumsaufseher im Kunstmuseum in Luzern wurde er 1984 angespornt, selbst mit Malen anzufangen. Eine Rolle Papier und Filzstifte brachten ihm nicht nur Abwechslung, sondern auch zunehmend wieder Selbstvertrauen. Herr Reges sagt, dass sich durch das

Malen der innere Stresszustand zu lösen begann und er so allmählich die verlorene Sprache wiedererlangte.

Die zweite Künstlerin, Annemarie Suter, hat eine schwere Lungenkrankheit hinter sich. Die 46jährige, ebenfalls in Kriens wohnhafte Künstlerin konnte wegen ihrer schweren Krankheit ihre frühere Tätigkeit im medizinischen Bereich nicht mehr ausüben. Statt dem Schicksal nachzutrauern, versucht sie, sich als Malerin von Ölbildern die langen Tage zu verkürzen. Das Malen bringt ihr die Möglichkeit, die Krankheit anders anzusehen und die schönen Seiten der Welt bildlich darzustellen. Ihre bevorzugten Sujets sind Landschaften. Beruflich begann sie sich als Heilpraktikerin auszubilden. So kam auch der zum Teil in den Bildern festzustellende esoterische Ausdruck zum Entstehen.

Otto Thalmann ist der dritte Künstler dieser Ausstellung.



Otto Thalmann



Andreas Reges



Annemarie Suter

Herr Thalmann ist 49jährig und seit Geburt cerebral gelähmt. Im Wohnheim Brändi in Horw bringt er, in wochenlanger Arbeit an jedem Bild, seine farblichen Gefühle bei der Mandala-Malerei auf die schwarz-weissen Vorlagen. Seit einem Jahr gibt er sich eifrig diesem neuen Hobby hin. Nun geht sein grösster Wunsch, einmal seine Werke öffentlich ausstellen zu können, in Erfüllung.

Alle drei Künstler haben ihren eigenen Charakter und präsentieren den Besuchern eine interessante Bildergalerie. Die Ausstellung ist täglich von 8 bis 19 Uhr geöffnet. Die Bilder befinden sich im ganzen Parterrebereich des Heimes und in der Cafeteria, die täglich von 9 bis 11 Uhr und von 13.30 bis 17 Uhr geöffnet ist.

Sensibilisierungskampagne «Drogen» des BAG

DAS PROJEKT DROGENTELEFON 143

Eine neue Dienstleistung zur Suchthilfe des Bundesamtes

für Gesundheitswesen in Zusammenarbeit mit der Dargebotenen Hand Schweiz (Telefon 143) im Rahmen der Sensibilisierungskampagne Drogen. Eine erste Pilotphase läuft bis Ende 1995.

pd. Die Sensibilisierungskampagne Drogen des BAG propagiert den Dialog zwischen Menschen als wichtigen Bestandteil der Suchthilfe. Doch Plakate, TV-Spots und Inserate allein ermöglichen keinen Dialog. Mit Telefon 143 soll jetzt der Bevölkerung in der Schweiz im direkten Dialog Beratung und Erste Hilfe zum Thema Sucht und Drogen angeboten werden.

Ende Mai 1994 wurde das Projekt offiziell an einer Pressekonferenz bekannt gemacht; die Hauptbotschaft lautet: Das Telefon 143 gibt jetzt auch Auskunft zu Sucht- und Drogenfragen. Unter dieser Nummer erhalten Hilfesuchende Unterstützung und Auskunft zum Thema Sucht und Drogen; anonym, in der ganzen Schweiz, rund um die Uhr und für nur 30 Rappen pro Anruf.

Die Partner

Für das Projekt «Drogentelefon 143» arbeiten zwei Partner eng zusammen: das Bundesamt für Gesundheitswesen (BAG) und die Dargebotene Hand (DH) Schweiz. Das BAG suchte für dieses Projekt die Zuammenarbeit mit der Dargebotenen Hand, weil sie unter anderem folgende Anforderungen im Bereich der Telefonberatung erfüllt:

- lange Erfahrung im Beratungsdienst;
- nationales Netz;
- 365 Tage rund um die Uhr im Einsatz;
- anonym;
- politisch und religiös neutral;
- multifunktional;
- Gesprächspartner, Orientierungshilfe, Begleitung;
- Vernetzung mit anderen

Organisationen im Sozialbereich:

 sehr geringe Nutzungsgebühren.

Die Benützer

An wen richtet sich der ausgebaute Service des Telefons 143? Mit der Erweiterung der Dienstleistung der Dargebotenen Hand sollten vor allem Menschen aus dem Umfeld von Süchtigen, aber auch die Direktbetroffenen selbst zum Gespräch über ihre Probleme motiviert werden.

Mit einem Drogenproblem konfrontiert zu sein, ist sehr belastend; Gefühle der Unsicherheit, der Ohnmacht und der Schuld können einen zunehmend erdrücken. Es ist wichtig, dass diese Menschen mit ihrer Last nicht alleine sind. denn damit schaden sie sich selbst. Das BAG und die DH möchten mit dem erweiterten Service des Telefon 143 all jenen den Dialog anbieten, die über Drogen- und Suchtprobleme mit jemandem sprechen möchten, aber nicht den Mut oder die Möglchkeit haben, sich einer Person aus ihrem Bekanntenkreis zu öff-

Das bisherige Beratungsangebot der Dargebotenen

Über Drogen nicht nur reden. Sondern miteinander sprechen.







Wenn Sie Fragen zu Drogen haben, können Sie jetzt anonym und rund um die Uhr die Dargebotene Hand anrufen. Bleiben Sie nicht allein mit Ihren Problemen. Es gibt jemanden, der Ihnen zuhört.

Ihr Bundesamt für Gesundheitswesen.

Hand bleibt weiterhin bestehen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Wie werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Telefons 143 ausgebildet? Die Regionalstellen der DH haben langjährige Erfahrungen mit der Suchtproblematik, vor allem im Bereich des Alkoholund Medikamentenmissbrauches. Nun soll der Beratungsservice speziell auch auf Drogen ausgeweitet werden. Das BAG investiert während der Pilotphase bis Ende 1995 pro Jahr 40 000 Franken in die Weiterbildung, um die Kompetenz der Beraterinnen und Berater in Drogenfragen zu erhöhen. Die rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dargebotenen Hand sollen nicht zu Fachleuten ausgebildet werden. Sie sollen, so das Ziel der Fortbildung, Erste Hilfe leisten können, und falls nötig die Anrufenden an die entsprechenden Fachstellen weitervermitteln. Suchtfachleute vor Ort wurden von den Regionalstellen direkt angefragt, Fortbildungsprogramm mitzugestalten, um einerseits von deren Sachwissen zu profitieren und andererseits die Zusammenarbeit zu fördern und zu verbessern.

Hauptpunkte der Ausbildung

Der Wissensstand zur Suchtund Drogenproblematik soll erhöht werden, Institutionen im Suchtbereich und deren Aufgaben sollen bekannt sein, die Möglichkeiten und Grenzen der Telefonberatung sollen erkannt werden. Das Fortbildungsprogramm soll während der ganzen Projektdauer fortgesetzt werden, um das Wissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Telefons 143 zu vertiefen und die Kontakte mit den Suchtfachleuten zu intensivieren.

Wie geht es mit dem «Drogentelefon 143» weiter?

Das Projekt ist für den Zeitraum von 1993-1995 (Pilotphase) vorgesehen. Die Entwicklung des Projektes nach 1995 hängt von den Ergebnissen der Evaluation ab. Die Evaluation, welche mit 10 000 Franken pro Jahr finanziert wird, gibt Aufschluss über Anzahl der Anrufer mit Fragen zu Drogen, die Anruferkategorie (direkt oder indirekt Betroffene), das weitere Vorgehen usw. Die Resultate dieser Evaluation dienen anschliessend der weiteren Planung des Proiektes.

Die Werbung

Die Bekanntmachung/Bewerbung der ausgebauten Dienstleistung des Telefons 143: Die Promotion des «Drogentelefons» während der ganzen Projektdauer geschieht im Rahmen der Sensibilisierungskampagne Drogen. Besonders zum Start der Aktion 1994 sind verstärkte Werbeaktivitäten geplant. Die Bekanntmachung der ausgebauten Dienstleistung des Telefons 143 erfolgt mittels TV-Spots auf allen drei Schweizer Sendeketten (Mai/Juni und November/Dezember 1994) und Hängekartons in öffentlichen Verkehrsmitteln in der ganzen Schweiz.

Gefälle sind Sprungbretter im Hindernislauf des Lebens.

H. Lohberger

PRESSEKONFERENZ

Verein heilpädagogischer Pflegefamilien im Kanton Zürich

KONZEPT DER HEILPÄDAGOGISCHEN PFLEGEFAMILIE

pd. Der Verein heilpädagogischer Pflegefamilien (HPP) im Kanton Zürich besteht seit 1979. Er vertritt die Interessen der angeschlossenen Familien und ist Ansprechpartner für Jugendamt und Öffentlichkeit. Er bildet einen Rahmen für interne Treffen, Austausch, Beratung und Förderung neuer Projekte

Die wesentliche Arbeit des Vereins wird auf drei Ebenen geleistet. Im Vorstand, welcher Sachgeschäfte behandelt und zur Hälfte aus externen Fachpersonen besteht; in Arbeitsgruppen, die vor allem die Arbeit des Vorstandes unterstützen und ergänzen und in Familiengruppen, wo vor allem Diskussionen über pädagogische Fragen geführt werden. Über Aktuelles informiert der regelmässig erscheinende Rundbrief des Vereins.

Die Pflegeeltern

Die Pflegeeltern bilden als tragfähiges Paar die Grundlage der HPP. Jedes Elternpaar bringt eine sozial- oder sonderpädagogische Ausbildung (Sozialpädagogik, Heilpädagogik, Sozialarbeit) und Erfahrung mit erziehungsschwierigen Kindern und Jugendlichen mit. Die Arbeit als Profi-Eltern stellt eine vielseitige, ganzheitliche Aufgabe dar mit viel Freiraum für Kreativität; sie erfordert aber auch Kontinuität, Durchhaltevermögen und Flexibilität.

Die Herkunftsfamilie

Pflegekinder werden oft in Krisensituationen der Familie bei uns plaziert. Die Bedürfnisse der Kinder können nicht mehr genügend erfüllt werden.

Wir engagieren uns bewusst für eine Zusammenarbeit mit den Eltern, auch weil wir verstehen, dass es für sie und die Kinder meist schwierig ist, nicht zusammenleben zu können. Wir nehmen uns Zeit für Besuche von Eltern, für Konflikte, die entstehen im Zusammenhang mit Besuchstagen der Kinder, oder auch für Beratung und Begleitung der Eltern. Die Elternarbeit ist abgestimmt auf die Situation und Bedürfnisse des Kindes.

Die Pflegekinder

Sie sind so verschieden wie jede Familie es auch ist. Einige kommen sehr früh, in den ersten Lebensjahren zu uns, andere erst später. Die meisten von ihnen haben vorher schon längere Zeit in einer schwierigen Situation gelebt. In der Regel ist schon beim Eintritt eine langfristige Fremdplazierung angezeigt. Die häufigsten Indikationen sind: Verhaltensauffälligkeiten, emotionale oder soziale Entwicklungsrückstände.

Wir möchten den Kindern einen sicheren Rahmen und ein flexibles Übungsfeld bieten, so dass eine individuelle persönliche Entwicklung möglich ist.

Die HPP-Familie

Keine HPP-Familie ist wie die andere, jede ist geprägt durch die Eltern, die Kinder und ihre Umgebung. Wir leben autonom in einem grösseren lockeren Verbund - dem Verein. Entscheidungen treffen und tragen wir Pflegeeltern - allenfalls in Absprache mit VersorgerInnen und Herkunftsfamilien. Wir unterstehen der kantonalen Heimaufsicht und werden jährlich von einem Vertreter des Jugendamtes besucht. Was wir bieten können: Intimität, Geborgenheit, langfristige konstante Beziehungsfelder im Rahmen einer Familie.

Die Professionalität

Unsere Arbeit ist vielfältig. Wir üben sie als Beruf aus, und dazu gehört auch eine Portion Berufsstolz. Wir wollen Konzepte entwickeln, erproben, verändern, neu anfangen – immer mit der dazu nötigen Kontinuität. Dabei helfen uns regelmässige Supervision, der Kontakt mit den anderen Fami-

lien im Verein, Weiterbildung, Gespräche mit Versorgerlnnen, Vertreterlnnen vom Jugendamt und Therapeutinnen. Das Reflektieren macht einen Teil unserer Professionalität aus, ein anderer das Durchhaltevermögen und ein dritter das Eingestehen persönlicher und systemischer Grenzen.

Kurzinformationen

• Zurzeit sind 14 Heilpädagogische Pflegefamilien im Kanton Zürich zu einem Verein zusammengeschlossen. Diese professionell arbeitenden Pflegefamilien bieten gegenwärtig 48 Pflegeplätze an. Die 43 plazierten Kinder und Jugendlichen verteilen sich auf folgende Altersgruppen: Kleinkinder bis 6 Jahre 9 Prozent, Kinder bis 15 Jahre 75 Prozent, Jugendliche und junge Erwachsene 16 Prozent.

- Die Nachfrage nach Plazierungsmöglichkeiten in HPP ist gross. Seit 1989 hat die Zahl der Pflegetage stetig zugenommen.
- Die HPP bieten langfristig konstante Umfelder mit festen Bezugspersonen in einem überschaubaren, familiären Rahmen an. Der Verein HPP ist durch das Jugendamt des Kantons Zürich anerkannt und beitragsberechtigt. Die HPP unterstehen der kantonalen Heimaufsicht. Aktivmitglieder des Vereins sind gemäss Statuten die vom Jugendamt anerkannten HPP im Kanton Zürich sowie externe Fachpersonen als Vorstandsmitglieder.

Kontaktadresse:

Familie Markwalder, In der Höh 18, Zimikon, 8604 Volketswil.

Jahrespressekonferenz des SV-Service

SV-SERVICE MIT NEUER DIENSTLEISTUNG

pd. Der SV-Service konnte 1993 trotz anhaltendem Kostendruck seinen Umsatz um 2,2 Prozent auf 365 Millionen Franken steigern. Im laufenden Jahr wird mit einem Aufwärtstrend gerechnet.

Aus dem Geschäftsbericht 1993 geht hervor, dass das Umsatzplus unter anderem auf den durch eine Umstrukturierung eingeleiteten Massnahmen und neuen Dienstleistungen beruht. Rezessionsbedinate Schliessungen konnten durch neun Neuzugänge nicht ganz aufgefangen werden und liessen die Zahl der durch den Caterer geführten Betriebsrestaurants, Schul- und Universitätsmensen, Beherbergungsbetrieben und Studienzentren von 365 auf 354 zurückgehen. Dazu kommen 103 Auslieferungen, was das

Total auf 457 Aufträge erhöht. Die Einbusse bei den Konsumationen mit einem Ausgabetotal von 82,5 Millionen belief sich auf 2,4 Prozent. Der Warenumsatz betrug 129,1 Mio. Franken (–1,5 Prozent), wovon gut zwei Drittel auf Frischwaren entfielen; der prozentuale Anteil an Fleisch und Fleischwaren hat erneut um 1 Prozent abgenommen.

Trotz der gegenwärtigen Zurückhaltung im Investitionsbereich verzeichnete die Betriebsplanung und -beratung 140 Mandate. Die Betriebliche Sozialberatung, der dritte Dienstleistungsbereich des SV-Service, wartet mit einer neuen Dienstleistung auf: Befristete Krisenberatung auf Abruf.

Der SV-Service beschäftigte per Ende 1993 4280 Personen (–140)

SBGRL-KONGRESS

Zürcher Regierungsrat sprach am SBGRL-Kongress eine Warnung aus

GESUNDHEITS- UND SOZIALKOSTEN NICHT LAUFEN LASSEN

«Gesundheits- und Sozialkosten dürfen den Generationen-

vertrag nicht belasten. Wir dürfen die Gesundheits- und Sozialkosten nicht so weiter laufen lassen», warnte der Zürcher Regierungsrat Ernst Buschor. Bei einem ungebremsten Kostenanstieg befürchtet Buschor eine gefährliche Belastung des Generationenvertrags zwischen jung und alt, wie er am Kongress des Schweizerischen Berufsverbandes der Geriatrie-, Rehabilitations- und Langzeitpflege (SBGRL) in Zürich sagte. Die SBGRL-Delegierten wählten in einer Kampfwahl Hedwig Kaufmann, Luzern, zur neuen Verbandspräsidentin.

Laut Regierungsrat Ernst Buschor steigt der Anteil der Gesundheits- und Sozialkosten an der Wertschöpfung von heute 22 Prozent bis in dreissig Jahren auf 38 Prozent, wenn nichts dagegen unternommen wird.

Alle Kantone sind herausgefordert

Regierungsrat Ernst Buschor forderte alle Kantone zum Handeln gegen die Kostenexplosion im Gesundheitswesen heraus. Dabei seien mutig neue Finanzierungsmodelle in die Praxis umzusetzen. «Irgendwann müssen wir uns kantonsübergreifend auf ein gemeinsames Modell einigen.» Buschor plädiert besonders für die sogenannten Fallpauschalen. Demnach würden Spitälern und Heimen pro Krankheitsfall aufgrund von Diagnosegruppen Globalbudgets zugestanden, die sie selber zu verantworten hätten. Langfristig sind laut Buschor zudem regionale Versorgungsverbände für die ganze Palette an sozialen und medizinischen Dienstleistungen zu schaffen.

2000 bis 3000 Zivilschützer pro Jahr

Werden die Alters- und Pflegeheime über kurz oder lang durch Zivildienstler überschwemmt? Nein, war die klare Antwort von BIGA-Vertreterin *Franziska Borer* am SBGRL-Kongress. Gemäss Berechnungen des BIGA ist jähr-



Eine neue Präsidentin: Hedwig Kaufmann-Äschlimann.

lich mit rund 2000 bis 3000 Personen Zivildienstpflichtigen zu rechnen, die einen Arbeitseinsatz leisten müssen, und zwar zu 80 Prozent im Gesundheits- und Sozialwesen.

Die Biga-Vertreterin machte erstmals Angaben über das Gesetz über den zivilen Ersatzdienst, das noch diesen Herbst oder Winter vom Nationalund Ständerat behandelt werden soll. Das Gesetz wolle weder einen Zivildienstler noch eine Institution zu einem Einsatz an einer bestimmten Stelle zwingen. Klar will der Gesetzgeber auch verhindern, dass die Zivildienstler als billige Arbeitskräfte missbraucht werden und so das diplomierte Personal konkurrenzieren.

Lobby für Betagtenund Langzeitpflege

An der zweiten Delegiertenversammlung des Schweizerischen Berufsverbandes der Geriatrie-, Rehabilitations- und Langzeitpflege (SBGRL) wurde festgestellt, dass mit dem zunehmenden Anteil der über 65jährigen Bevölkerung eine starke Lobby der Betagtenund Langzeitpflege nötig ist. Der SBGRL nimmt diese Funktion wahr und will sie noch verstärken. Beste Motivationsfeder ist die starke Zunahme des Mitgliederbestandes um 20 Prozent innert Jahresfrist.

Kampfwahl um Verbandspräsidium

Aus einem Zweiervorschlag wählte die DV Hedwig Kaufmann-Äschlimann, Luzern, zur neuen Zentralpräsidentin des Schweizerischen Berufsverbandes der Geriatrie-, Rehabilitations- und Langzeitpflege (SBGRL). Sie tritt die Nachfolge von Margot Heutschi, Stans, an

Hedwig Kaufmann-Äschlimann ist 50jährig, Mutter von erwachsenen Kindern und befindet sich zurzeit in der Abschlussphase der Ausbildung als Krankenpflegerin. Zuvor übte sie neben ihrer Aufgabe als Mutter verschiedene Tätigkeiten im sozialen, administrativen und öffentlichen Dienst aus. Das zentrale Anliegen von Hedwig Kaufmann-Äschlimann ist, den SBGRL zu einem starken Verband der 90 000 Personen zu machen, die im Bereich Geriatrie-, Rehabilitations- und Langzeitpflege (GRL) tätig sind.

ALZHEIMER: KEIN ALTERS-SCHICKSAL

Neue Anzeichen für Krankheitsprozess im Hirn

Die Alzheimer-Krankheit, ein schneller Zerfall der Hirnrinde, tritt meist im vorgerückten Alter auf. Bisher vermutete man einen beschleunigten Altersprozess als Ursache. Doch neue Untersuchungen deuten jetzt eher auf einen altersunabhängigen Krankheitsprozess hin.

Betroffen vom Verlust an Hirnzellen ist vor allem der mittlere Schläfenlappen. Diese Hirnregion spielt bei der geistigen Verarbeitung von Informationen eine wichtige Rolle.

Britische Forscher massen bei Alzheimer-Patienten und bei gesunden Vergleichspersonen jährlich die Dicke der Hirnrinde mit dem Computertomografen. Bei Alzheimerkranken nahm die Hirnmasse jährlich um 15 Prozent ab – unabhängig von ihrem Alter. Dieser Verlust ist zehnmal grösser als die altersbedingte Abnahme der Hirnzellen bei gesunden Personen.

Die Forscher sprechen von einem eigentlichen Katastrophenereignis, das durch eine noch unbekannte Ursache ausgelöst wird und sich dann lawinenartig ausbreitet. Andererseits lassen die neuen Ergebnisse hoffen, dass sich die Krankheit verhüten oder behandeln lässt, sobald die Ursache gefunden ist.

Quelle:

Jobst, K.A. et al. (1994): Lancet 343, 829–830. SPITEXTAGUNG

HERAUSFORDERUNG SPITEX MITEINANDER ANGEHEN

Am 26. und 27. Mai fand in St. Gallen eine Tagung zum

Thema «Spitex: Nebeneinander – Durcheinander – Miteinander» statt. Angeregt von Pro Senectute Schweiz wurde sie gemeinsam mit politischen Behörden und Fachverbänden des Kantons St. Gallen, welche im Spitex-Bereich engagiert sind, durchgeführt. Über 100 Personen setzten sich mit der Zusammenarbeit in der Spitex, dem Ehrenamt sowie der Finanzierung und Organisation der Spitex auseinander und tauschten Erfahrungen aus.

Ambulante Dienstleistungen werden gerne von Politiker/innen als Spar-Instrument im Gesundheitswesen propagiert. Gemäss einer Waadtländer Untersuchung betragen die Kosten für die ambulante Versorgung etwa 70 Prozent einer Heimunterbringung, einschliesslich Ausgaben für Spitalaufenthalte und Kurzaufenthalte in stationären Einrichtungen. Diese sind bei zu Hause lebenden Patienten wesentlich höher als bei Heimbewohner/innen. «Aber nicht nur die Höhe der Kosten muss beachtet werden, sondern ebenso, wer für die Kosten aufkommt», betonte Günther Latzel, Berater im Gesundheits- und Heimwesen. Seiner Ansicht nach könnten mittels finanziellen (Erhöhung Anreizen Selbstkostenanteils in Heimen) wichtige Steuerimpulse gegeben werden.

Vertreterinnen und Vertreter der Spitex-Anbieter (Gemeindekrankenpflege, Hauspflege, Haushilfe, Ärzte) betonten, dass sich die verschiedenen Dienstleistungen ergänzen müssen. Dabei müssen alle Beteiligten zur Kooperation bereit sein und diese auch leben und praktizieren -Lippenbekenntnisse allein nützen nichts. Der Klient soll im Mittelpunkt der Intereressen stehen und nicht die Erhaltung der Vereins- und Standeskultur. Latzel schlug zum Schluss für eine bedarfsgerechte Entwicklung die Änderung der Finanzierungsform vor: Subventionsberechtigt sollen nicht mehr die Anbieter, sondern die Nachfrager sein.

Der Vormittag des zweiten Tages stand ganz im Rahmen des Ehrenamtes und der Ehrenamtlichkeit. Dr. Peter Schwarz, Privatdozent Universität Fribourg und Chefberater, zeigte dabei die verschiedenen Spannungsfelder zwischen den Ehrenamtlichen und den professionell Tätigen auf, welche sowohl auf die Strukturen als auch auf menschliches Verhalten zurückzuführen sind. Die Ehrenamtlichen sollten Führungs- und Managementaufgaben wahrnehmen und die fachliche Arbeit an die Profis weiterdelegieren. Damit wird Freiraum geschaffen für die strategische Entwicklung und die Auseinandersetzung auf übergeordneter Ebene.

Erfahrungsberichte einer Professionellen, einer Ehrenamtlichen und der Leiterin eines Schulungsprojektes bestätigten diese Thesen. Sie forderten zudem eine Schulung der Ehrenamtlichen, damit sie sich fehlende Sachkenntnisse aneignen können. Dies sei sinnvoller, als ein Blumenstrauss am Ende des Jahres für die geleisteten Dienste.

Am Nachmittag präsentierten drei Gemeinden ihr Spitex-Modell, dessen Organisation und Finanzierung sowie die damit verbundenen Vor- und Nachteile. Diese Informationen können Gemeinden helfen längerfristig zu entscheiden, welche Form für sie am geeignetsten ist.

Wie das Gesundheitswesen in Zukunft aussehen könnte, dazu entwarfen Pia Hollenstein, Nationalrätin, und Dr. Otto Schoch, Ständerat, ihre Visionen. Vorschläge zum Finanzierungssystem, zur besseren Gesundheitsprävention, aber auch die Änderung der

Werte der Gesellschaft wurden geäussert.

Die Tagung in St. Gallen war die erste Tagung der von Pro Senectute Schweiz lancierten Fachtagungsreihe «Hilfe und Pflege zu Hause». Weitere Veranstaltungen sind: Arbeitsplatz Spitex: Heute – Zukunft, Haushilfe als tragendes Element der spitalexternen Betreuung, 27./28. Oktober 1994, in Winterthur; Angehörige zwischen Herausforderung und Überforderung, 24./25. März 1995, in Bern.

Selbstbestimmung braucht Wahlmöglichkeiten

Am 4. Juni fand in Schaffhausen eine Tagung zum Thema «Leben und Wohnen – Wahlmöglichkeiten im Alter» statt – durchgeführt von Pro Senectute Schweiz gemeinsam mit Fachstellen des Kantons Schaffhausen. Über 80 Personen setzten sich mit persönlichen Fragestellungen zum Altwerden – Altsein auseinander. Erfahrungen unter den Fachleuten wurden ausgetauscht.

Zu Beginn stellte Hans-Ruedi Winkelmann die Frage: «Sind alte Menschen wieder Kleinkinder?» Er antwortete mit einem klaren Nein und präzisierte: «Was geschieht mit alten Menschen, wenn sie wie Kleinkinder behandelt werden?» Mit der Geschichte von Gertrud Früh zeigte er auf, wohin die Haltung führt, welche Selbstbestimmung und Autonomie von alten Menschen ignoriert. «Es darf nicht weiter sein, dass andere Menschen, auch Profis, bestimmen wollen, was für andere Menschen das Richtige ist.» In fünf Thesen wies er darauf hin, wie umfassend Altersarbeit angeschaut werden muss. «Ich bin überzeugt, dass wir nur mit einer vernetzten, zielorientierten und geplanten Altersarbeit unsere finanziellen, organisatorischen und baulichen Ressourcen optimal nutzen. Für 'Gärtlipolitik', Konkurrenzneid oder andere Formen von gegenseitigen und unreflektierten Abgrenzungen haben wir weder Zeit noch Geld.»

Vier Workshops nahmen verschiedene Aspekte auf, wie zum Beispiel das hindernisfreie Bauen, welches das Altwerden zwischen Selbständigkeit und Abhängigkeit massgebend beeinflussen kann.

Über Altersleitbild versus kein Altersleitbild informierte am Nachmittag Anke Brändle-Ströh. Ein Altersleitbild stellt umfassend dar, was im Gemeinwesen mit welchen Methoden möglich ist, damit die alten Mitbürgerinnen und Mitbürger sich wohlfühlen und wählen können. Wichtig dabei ist, dass ein Altersleitbild von allen betroffenen Gruppen in einem Prozess erarbeitet wird. Dies fördert das gegenseitige Verständnis, und Ressourcen können optimal genutzt werden. Die Chance, an der Problemlösung teilzunehmen, erhöht die Identität des Gemeinwesens - die Möglichkeit, gemeindeeigene und massgeschneiderte Lösungen zu erar-

Nach eingehenden Diskussionen forderte Hans-Ruedi Winkelmann alle Anwesenden auf, in der Agenda mit Datum konkrete Ziele zu setzen und diese gegen Ende Jahr zu überprüfen. Er trat für mehr Managementpolitik im Sozial- und Gesundheitswesen ein und forderte die älteren Menschen auf, in Seniorenräten zu überprüfen, welche Inhalte und Massnahmen in der Altersarbeit konkret umgesetzt werden sollen.

THEMA SPIELPLATZ

Neue Nummer von «und Kinder» liegt vor:

VERSCHAUKELTE KINDER – SPIELPLATZ UND WOHNUMFELD

Von Dr. Marco Hüttenmoser

Die Redaktion von «und Kinder» hat für die neue Dokumen-

tation den provokativen Titel «verschaukelte Kinder» gewählt.

Vor einiger Zeit veröffentlichten wir in der gleichen Reihe eine Dokumentation zum Werbefernsehen unter dem Titel «verspot(t)ete Kinder». – Ist unsere Linie zu provokativ? Zu aggressiv in einer Welt voller Aggressionen?

Derartige Titel und Schlagworte haben eine Berechtigung, wenn sie inhaltlich und formal gut begründet sind. Den Nachweis dazu wollen wir im vorliegenden Heft erbringen. Als Sprachrohr der Kinder haben wir zudem den Auftrag, uns so prägnant und deutlich zu äussern, dass man uns hört und versteht.

Im vorliegenden Heft geht es um einen Vergleich zwischen Spielplatz und Wohnumfeld. Aufgrund neuer Daten, die wir im Nationalfondsprojekt «Das Kind in der Stadt» gewonnen haben, wurde es möglich, neue Ergebnisse vorzustellen und eine neue Lagebeurteilung vorzunehmen.

Die Spielplatzidee ist sehr alt. Eine grössere Verbreitung fanden Spielplätze jedoch erst, nachdem durch den rasant zunehmenden Motorfahrzeugverkehr das Spiel der Kinder auf der Strasse und im Wohnumfeld weitgehend unmöglich wurde. Man wollte den Kindern auf den Spielplätzen einen Ersatz für den verlorenen Spielraum anbieten. Eine geradezu rührende Angele-

genheit! Oder auch nicht? Seit über zwanzig Jahren weiss man nämlich, dass Spielplätze den Kindern wenig bieten.

Künstlerische Spielwelt

Trotzdem werden sie bis heute als Ersatz für das Wohnumfeld angeboten. Auf dem Spielplatz hat es Sandplätze. Es stehen dort Klettergerüste, Wippen usw. und eben auch Schaukeln. All diese Herrlichkeiten werden von den Kindern geschätzt. Man pilgert hin, vergnügt sich dort, das heisst, man klettert hinauf, rutscht hinunter, klettert hinauf, rutscht hinunter, klettert hinauf... Was noch? Nichts weiter von Bedeutung, wie unsere Untersuchungen zeigen.

Die Hoffnung, auf dem Spielplatz könnten Kinder Leben entfalten, ihren Alltag bereichern, all die in ihnen schlummernden Möglichkeiten wecken, wird zum bitteren, alltäglichen Trugschluss. Es wird, oft unter beträchtlichem Aufwand, den Kindern eine künstliche Spielwelt vorgegaukelt, die in der Praxis jämmerlich versagt. Man weiss dies zwar seit über zwanzig Jahren. Geändert hat sich jedoch nichts. Besteht angesichts dieser Tatsachen nicht die Berechtigung, von «verschaukelten Kindern» zu sprechen?

Das eigentliche Leben der Kinder findet im Wohnumfeld statt. Dort wird, wie unsere Untersuchungen zeigen, wirklich gespielt. Dort kann man andere Kinder und Erwachsene kennen lernen, kann Konflikte miteinander austragen. Dort wird Entscheidendes gelernt: Körperbeherrschung, soziales und selbständiges Verhalten wird Tag für Tag in der Gemeinschaft mit andern Kindern eingeübt. Doch genau dieses Wohnumfeld - Lebensnerv unserer Kinder – ist vielerorts schon vor langer Zeit verschwunden, andernorts wurde es von einer Lawine von Motorfahrzeugen überrollt, und wiederum andernorts muss ein freies und bespielbares Wohnumfeld unter grossem Einsatz und gegen mächtigen Widerstand von Fahrzeugen wieder freigekämpft werden.

Die Stadt Zürich hat sich im Nationalfondsprojekt «Das Kind in der Stadt» finanziell und personell engagiert. In der Begleitgruppe zum Forschungsprojekt sind Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Departemente aktiv. Das Konzept zur vorliegenden Dokumentation entstand in enger Zusammenarbeit mit dem Gartenbauamt der Stadt, das seit Jahren zu den Vorkämpferinnen einer neuen Verkehrspolitik im Quartier und im Wohnumfeld gehört. Für die gute und fruchtbare Zusammenarbeit sei an dieser Stelle gedankt.

Die gemeinsame Arbeit wird weitergehen. Im Gespräch mit weitern Institutionen und Behördemitgliedern hoffen wir, aus den Ergebnissen unserer Forschungen in absehbarer Zeit eine Art Massnahmenkatalog entwickeln zu können.

Nein, wir wollen nicht, dass die Spielplätze aus unseren Städten verschwinden, aber wir müssen ihnen einen neuen Sinn und neue Aufgaben vermitteln. Einige Ideen sind in diesem Heft angetönt. Sie warten auf erste Versuche in der Praxis. Es geht dabei zunächst insbesondere darum, den Spielplätzen eine besondere Funktion in dem zu schaffenden Spielweg- und Fussgängernetz zu geben. Fäden spannen, Verknüpfungen schaffen, lautet die Devise. Dazu gehört auch, dass Spielplätze fest in die sie umgebenden Wohnumfelder eingebunden werden müssen. Nachbarschaftsgruppen sollen neues Leben auf die Spielplätze tragen und die von weiter herkommenden Kinder bewusst als Gäste empfangen und in ihre Spiele integrieren.

Das Heft kann bezogen werden beim Marie-Meierhofer-Institut für das Kind, Schulhausstrasse 64, 8002 Zürich, zum Preis von 27 Franken.

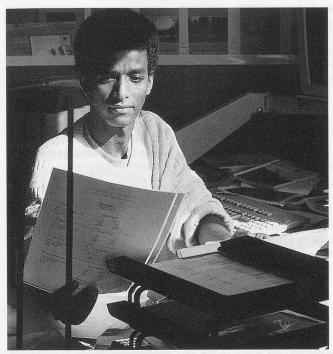
Gerade dann, wenn erholsamer Schlaf...

PRESSEKONFERENZ

20 Jahre Äthiopien im Kinderdorf Pestalozzi in Trogen

STARKE WURZELN ERLEICHTERN INTEGRATION

Verbundenheit mit den eigenen Wurzeln und der eigenen Sprache ist eine wichtige Voraussetzung dafür, in eine neue Kultur hineinzuwachsen. Dieser Grundsatz ist prägend für die Arbeit der Stiftung Kinderdorf Pestalozzi, die auf dem Gebiet der multikulturellen Erziehung Pionierarbeit geleistet hat.



Bis Nugussu Mengistu (21) an der ETH sein Architekturstudium aufnehmen kann, jobbt er beim Verlag Dr. Vogel in Teufen. Foto Ursula Markus, Zürich

In den Schweizer Schulklassen sitzen im Durchschnitt 18 Prozent fremdsprachige Kinder. Vor rund drei Jahren hat die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren das Recht der Kinder auf Achtung und Förderung ihrer Herkunftssprache und -kultur erneut bekräftigt. Doch die Umsetzung dieses Rechts ist weitgehend Sache der einzelnen Kantone oder Gemeinden geblieben.

Anders im Kinderdorf Pestalozzi in Trogen: Dort gehört die Erziehung in zwei Sprachen und Kulturen zum Alltag. Ein Beispiel: Seit 20 Jahren wachsen im Kinderdorf Kinder aus Äthiopien auf. Für die Mehrzahl von ihnen ist eine Rückkehr ins Herkunftsland unwahrscheinlich, die gute Integration hier also ein wichtiges Ziel. Die jungen Äthiopierinnen und Äthiopier pflegen einerseits mit den Hauseltern ihre Herkunftssprache und -kultur, andererseits lernten sie Deutsch und wurden nach und nach mit ihrer neuen Heimat vertraut. Die starke Verbundenheit mit dem Ursprung erleichtert den Zugang zur neuen Kultur auf entscheidende Weise.

In Äthiopien selber leistet die der Stiftung angeschlossene Kinderhilfe in der Dritten Welt seit zehn Jahren Aufbauhilfe vor Ort. Auch dort gilt das multikulturelle Prinzip: Als Mitarbeitende in den Projekten wurden bewusst Angehörige lokaler Ethnien und Religionen gewählt. Dieses Vorgehen garantiert auch bei Regierungswechsel die für eine erfolgreiche Aufbauarbeit so wichtige Kontinuität.

Das Äthiopienhaus im Kinderdorf Pestalozzi in Trogen wurde 1974 mit der Aufnahme von 13 Kindern im Schulalter aus Addis Abeba eröffnet. Die Auswahl der Kinder trafen Vertreter der Schweizer Botschaft, der UNICEF und des IKRK zusammen mit der äthiopischen Sozialarbeiterin Amsale Mulugeta und weiteren äthiopischen Partnern. Gemeinsam mit ihrem Mann übernahm Frau Mulugeta die Betreuung und Erziehung der Kinder im Äthiopienhaus «Lalibela» (Felsenkirchen in Äthiopien) in Trogen. Als Hauseltern (mit drei eigenen Kindern) war das Ehepaar Mulugeta für drei «Generationen» von insgesamt 23 Kindern verantwortlich. Mit dem Erwachsenwerden der letzten Gruppe läuft nun das Projekt mit Kindern aus Äthiopien aus. Weitergeführt werden verschiedene Projekte «vor Ort». Dafür zuständig ist die Kinderhilfe in der Dritten Welt, die seit rund zehn Jahren als eigenständiger Bereich innerhalb der Stiftung Kinderdorf Pestalozzi in Ländern der Dritten Welt tätig ist.



AUS DEM BUNDESHAUS

Botschaft des Bundesrates

VERLÄNGERUNG VON DREI BUNDESBESCHLÜSSEN IN DER KRANKENVERSICHERUNG

pd. Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten

die Verlängerung der drei dringlichen Bundesbeschlüsse in der Krankenversicherung, um einen reibungslosen Übergang bis zum Inkrafttreten des neuen Krankenversicherungsgesetzes zu gewährleisten. Gleichzeitig erhöht der Bund auf den 1. Januar 1995 – gestützt auf die Verfassungsgrundlage zur Mehrwertsteuer – seinen Beitrag an die Prämienverbilligung um 500 Millionen Franken.

Zurzeit gelten in der Krankenversicherung folgende drei Bundesbeschlüsse:

- Bundesbeschluss vom 23.
 März 1990 zur befristeten
 Anhebung der Subventionen an die Krankenkassen,
- Bundesbeschluss vom 13.
 Dezember 1991 über befristete Massnahmen gegen die Entsolidarisierung in der Krankenversicherung,
- Bundesbeschluss vom 9.
 Oktober 1992 über befristete Massnahmen gegen die Kostensteigerung in der Krankenversicherung.

Die Gültigkeitsdauer für diese drei Beschlüsse wurde auf Ende 1994 befristet, in der Annahme, das neue Krankenversicherungsgesetz (KVG) könne auf den 1. Januar 1995 in Kraft treten. Inzwischen steht fest, dass das am 18. März vom Parlament beschlossene Gesetz, welches wegen seiner zahlreichen Neuerungen einer sorgfältigen Einführung bedarf, frühestens auf den 1. Januar 1996 in Kraft treten kann. Der Bundesrat schlägt deshalb eine Verlängerung der drei erwähnten Bundesbeschlüsse vor. Die einzige materielle Änderung von Bedeutung ist bei den Subventionen zur Prämienverbilligung vorgesehen, nämlich eine Erhöhung der Bundesbeiträge an die Kantone von heute 100 auf 600 Mio. Franken. Damit wird eine bereits im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer grundsätzlich beschlossene Kompensation zugunsten von wirtschaftlich schwächeren Personen vollzogen.

Zu den drei Bundesbeschlüssen die folgenden Bemerkungen:

1. Anhebung der Bundessubventionen

1990 hat der Bund die Bundeszuschüsse an die Krankenkassen von damals 1 Mrd. Franken um zusätzliche 300 Mio. Franken auf insgesamt 1,3 Mrd. Franken erhöht. Mit den 300 Mio. Franken wollte der Bund vor allem die Kassen mit besonders vielen älteren und weiblichen Versicherten etwas entlasten.

Damit der Bund bis zur Einführung des neuen Subventionierungssystems nach neuem Gesetz weiterhin gezielt jenen Kassen unter die Arme greifen kann, welche über eine «schlechtere» Risikostruktur verfügen, beantragt der Bundesrat dem Parlament die Verlängerung des Bundesbeschlusses von 1990 zur Anhebung der Subventionen.

2. Massnahmen gegen die Entsolidarisierung

Im Rahmen des Bundesbeschlusses von 1991 wurden zum einen der Risikoausgleich unter den Krankenkassen eingeführt und anderseits vom Bund 100 Mio. Franken zur Prämienverbilligung an die Kantone zur Verfügung gestellt. Diese 100 Mio. Franken wurden ergänzt durch rund 200 Mio. Franken, welche die meisten Kantone zur Prämienverbilligung aufwendeten. Von diesen Prämienvergünstigun-

gen profitierten 1992 rund 600 000 Versicherte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen.

Mit der Einführung der Mehrwertsteuer auf den 1. Januar 1995 wird der bisherige Bundesbeitrag von 100 Mio. Franken auf 600 Mio. Franken pro Jahr erhöht. Damit wird ein sozialer Ausgleich dieser Steuer angestrebt.

Konkret bedeutet das, dass in den ersten fünf Jahren 5 Prozent des Ertrages der Mehrwertsteuer (ungefähr 500 Mio. Franken) gezielt zur Prämienverbiligung in der Krankenversicherung eingesetzt werden und damit wiederum Versicherten und Familien mit kleinem Einkommen zugutekommen.

Trotz der beträchtlichen Erhöhung der Bundesmittel würde der Gesamtanteil der Kantone an die Prämienverbilligung unverändert bleiben (ungefähr 200 Mio. Franken). Hingegen sieht der Entwurf des Bundesrates vor, dass die Kantone verpflichtet werden, den ihnen vom Bund zur Verfügung gestellten Anteil in Anspruch zu nehmen und gleichzeitig mit eigenen Mitteln voll zu ergänzen.

3. Massnahmen gegen die Kostensteigerung

In diesem Bereich sind keine nennenswerten Änderungen vorgesehen. Die Bestimmungen über die Begrenzung der Tarif- und Preiserhöhungen sollen weitergeführt werden, ebenso die Prämienlimitierung in der Grundversicherung. Wie sich gezeigt hat, haben die Kostenbremsen gewirkt und sind deshalb bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes unerlässlich.

Auskünfte:

Telefon 031 322 91 95, Fredy Müller, Bundesamt für Sozialversicherung.

ZUSATZABKOMMEN ÜBER SOZIALE SICHERHEIT MIT PORTUGAL

pd. Bundesrätin Ruth Dreifuss, Vorsteherin des Eidgenössischen Departements des Innern, und der portugiesische Staatssekretär Luis de Sousa de Macedo haben am 11. Mai 1994 ein Zusatzabkommen zum Abkommen zwischen der Schweiz und Portugal über Soziale Sicherheit vom Jahre 1975 unterzeichnet.

Der Zusatzvertrag passt das geltende Abkommen der mittlerweile eingetretenen Entwicklung des nationalen und zwischenstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten an. Im Vordergrund steht dabei eine umfassendere Regelung im Bereich der Invalidenversicherung.

Das Zusatzabkommen bedarf zu seinem Inkrafttreten noch der Genehmigung durch die Parlamente der beiden Vertragsstaaten.

Auskünfte:

Tel. 031 322 92 28, Stephan Cueni, Bundesamt für Sozialversicherung. KUNST IM HEIM

Ein Kursbericht

DAS MALEN NACH ARNO STERN IN DER SOZIALPÄDAGOGIK

Von Kathrin Thurnherr

Jedes Jahr finden im sankt-gallischen Weisstannen Seminare mit Arno Stern statt. Der ungewöhnliche Wanderprediger sieht seine Rolle im Dienen und leitet Kinder und Erwachsene über die Malerei auf die Spuren ihrer eigenen Kreativität zurück. Eine teilnehmende Heimleiterin berichtet.

Das Ziel des Malens im Malatelier ist die Persönlichkeitsentwicklung. Das heisst für mich: Stärken des Selbstvertrauens, eigene Gefühle und Bedürfnisse wahrnehmen, sich selber kennen lernen und sich selber lieben können. Im Malatelier erfahren die Malenden sehr viel Geborgenheit. Diese gibt ihnen die Lust, die Freude und Selbstverständlichkeit, sich mit Pinsel und Farbe auszudrükken.

Während eine Person am Malen ist, ist für sie das, was sie malt, am wichtigsten. Beim Malen kann man verarbeiten, was man mit sich trägt. Dies tut man für sich alleine. Dabei wird nie über die Bilder gesprochen. Sie brauchen keine Rechtfertigungen. Niemand fühlt sich blossgestellt, belehrt oder bewertet.

Spuren hinterlassen

Im Malatelier ist die Aufgabe, auf einem weissen Blatt mit Pinsel und Farbe eine Spur zu hinterlassen. Wie die Leute im Atelier lernen, mit Lust und Freude ihre eigenen Bilder zu malen und dabei ihre eigene Kreativität spüren, so lernen sie auch ausserhalb des Ate-

liers, tägliche Aufgaben mit Freude und Kreativität zu erledigen. So stärkt sich das Selbstvertrauen und die Persönlichkeit.

Ich denke, in der Sozialpädagogik ist alles wertvoll, was die Entwicklung eines Menschen fördert und einem Menschen wohl tut. In vielen sozialpädagogischen Institutionen leben Menschen mit einem eher kleinen Selbstwertgefühl. Für sie ist es wichtig, etwas zu haben, das ihnen Mut und Freude macht. Das kann ein Atelier sein, wo sie regelmässig zum Malen gehen. In einem Atelier kann sich jeder Mensch

ausdrücken, egal ob er «ganz normal» ist, geistig behindert, oder ob er psychische Probleme hat. Ich denke, dass das Malen nach Arno Stern eine wirksame Suchtprävention ist oder einem Menschen mit Suchtproblemen hilft, wieder zu sich selber zu finden.

Als Sozialpädagogin und mit meinen Erfahrungen als Atelierbetreuerin wünsche ich allen Institutionen, dass sie ein Malatelier in ihre Räumlichkeiten und in ihr Konzept integrieren können.

Auskünfte und Kursunterlagen über Tel. 071 25 40 30.

SCHWYZER HEIMLEITER GRÜNDETEN EIN FORUM

Im Kanton Schwyz gibt es 28 Alters- und Pflegeheime mit insgesamt 1525 Betten. Die Heimleiterinnen und Heimleiter dieser Heime schlossen sich in Einsiedeln zu einem Forum zusammen. Sie möchten Ansprechpartner sein für alle im Betagtenbereich Tätigen. Insbesondere möchten sie den Austausch von Erfahrungen, Ideen und Meinungen pflegen und diese auch in die Politik einfliessen lassen.

Auslöser für die Gründung des HeimleiterInnen-Forums der Schwyzer Alters- und Pflegeheime war die Erarbeitung des Altersleitbildes, welches heute im Kanton Schwyz erstellt wird. Anderseits gab es den bereits langjährigen Wunsch der Heimleiter nach vermehrtem Erfahrungsaustausch.

Viele Ziele

Das HeimleiterInnen-Forum ist eine unabhängige Interessengemeinschaft. Sie ist in Grundsatzfragen kompetenter Gesprächspartner für alle im Betagtenbereich Tätigen. Das Forum pflegt den Kontakt mit der Öffentlichkeit und fördert die Zusammenarbeit unter den Heimleitern. Die Koordination obliegt einem Ausschuss von vier bis sechs Personen. Der Ausschuss konstituiert sich selbst. Regionale Interessen sind zu berücksichtigen. Das ganze Forum tagt mindestens einmal jährlich. Fünf Mitglieder können den Ausschuss beauftragen, das Forum innerhalb von vier Wochen einzuladen.

Der Ausschuss setzt sich wie folgt zusammen: Annemarie Colling, Reichenburg; Alois Stäheli, Einsiedeln; Hans van het Reve, Feusisberg; René Brodbeck, Steinen; Roman Spirig, Schwyz, und Franz Schuler, Steinerberg.

Kontaktstelle:

Franz Schuler, St. Annaheim, 6416 Steinerberg.





J. OCHSNER + CIE AG Steinackerstrasse 31 CH-8902 Urdorf/ZH

Telefon 01/734 42 42 Telefax 01/734 08 30



In der Rubrik «Aus den Kantonen» werden Meldungen der Tagespresse ausgewertet, die das Schweizerische Heimwesen betreffen. Die Grundlage für diese Auswertung bildet der Presseausschnittdienst «Argus». Redaktionelle Betreuung: Johannes Gerber.

Neue Heime

Basel BS: Wohnheim für Behinderte, 12 Plätze.

Lausen BL: Behindertenwohnheim Räbhof, 12 Plätze.

Lenk BE: Behindertenwohnheim Bergbühl, 15 Plätze.

Zug ZG: Kinder-Tagesheime Stampfi (20 Plätze) und Herti (16 Plätze).

Zweisimmen BE: Behindertenwerkstätte Bergquelle.

Aargau

Beinwil am See: Einweihung des umgebauten Altersheimes. Nach Abschluss der Umbauten mit Kosten von 13 Millionen Franken konnte das erweiterte Alters- und Pflegeheim Dankensberg in Beinwil am See seiner Bestimmung übergeben werden.

«Aargauer Tagblatt»

Boswil: Altersheimerweiterung. Mit einem Spatenstich konnte der Verein Altersheim Boswil die Planungsarbeit abschliessen und den Startschuss für die Erweiterung des Altersheimes und den Neubau von 22 Alterswohnungen geben.

«Luzerner Zeitung»

Erlinsbach: Heimleiter des Laurenzenbads muss gehen. Der Heimleiter des Erlinsbacher Krankenheims Laurenzenbad muss seinen Platz räumen. Der Vorstand hat damit auf Führungs- und Organisationsprobleme reagiert.

«Aargauer Tagblatt»

Kaiseraugst: Altersheimleiter muss gehen. Die Verantwortlichen des Alters- und Pflegeheims Rinau in Kaiseraugst haben das Arbeitsverhältnis

mit dem Heimleiter aufgelöst. Ihm wird vorgeworfen, gleichzeitig und ohne das Wissen des Vorstands gegen Lohn ein weiteres Heim betreut und gleichzeitig das Rechnungswesen im eigenen Heim stark vernachlässigt zu haben.

«Aargauer Tagblatt»

Kleindöttingen: Fortschritt bezüglich Behindertenwohnheim. Der Regierungsrat hat das generelle Projekt für ein Behindertenwohnheim in Kleindöttingen genehmigt. Somit kann die Detailplanung beginnen. «Badener Tagblatt»

Kölliken: Altersheim soll Kleinbus erhalten. Der Altersheimverein Kölliken hat beschlossen, dem Altersheim ein Auto für den Transport von Kranken und Rollstuhlpensionären anzuschaffen.

«Aargauer Tagblatt»

Rüfenach: Hilferuf aus der Kantonalen Kinderstation. Die Leitung der Kantonalen Kinderstation Rüfenach hat einen Hilferuf an die Regierung gesendet, der verlangt, dass der aufgeschobene Um- und Ausbau des pädagogisch-kinderpsychiatrischen Abklärungsund Therapieheimes vorangetrieben wird. Wegen Notaufnahmen ist das Heim stark überbelegt.

«Aargauer Tagblatt»

Vordemwald: Sennhof eingeweiht. In einer grossen Einweihungsfeier wurden die eben sanierten und umgebauten Gebäude des Alters- und Pflegeheims Sennhof ihrer Bestimmung übergeben.

«Aargauer Tagblatt»

Wettingen: Behindertenwohnheim kann weiter geplant werden. Der Regierungsrat hat die Pläne für das neue Behindertenwohnheim in Wettingen genehmigt, womit die Detailplanung begonnen werden kann. Die Stadt Baden hat unterdessen der Stiftung einen Betrag von 240 000 Franken geschenkt statt wie beantragt nur als zinsloses Darlehen genehmigt. «Badener Tagblatt» Wohlen: Altersheim Bifang vor grossem Umbau. Das 25jährige Wohler Alters- und Pflegeheim Bifang steht vor grossen Bauaufgaben: Für 1,9 Millionen Franken will man die Küche vergrössern und modernisieren, den Speisesaal renovieren, den Haupteingang und die Anmeldung verlegen und die Verwalterwohnung an einem andern Ort im Heim unterbringen. Die Finanzierung kann grösstenteils über Legate erfolgen. «Aargauer Tagblatt»

Basel

Basel: Tagesheime im ungewissen. Ende Jahr laufen die Subventionsverträge zwischen dem Kanton Basel-Stadt und den 32 privaten Basler Tagesheimen und Kinderkrippen aus. Bisher wurden aber noch keine neuen Verhandlungen aufgenommen, obwohl verschiedene Heim-Trägerschaften darum gebeten haben. Ein Grund für die Verzögerungen ist offenbar der Wechsel des Vertragspartners in der Verwaltung. Bisher wurden die Verträge mit dem Justizdepartement ausgehandelt, neu muss jetzt mit dem Erziehungsdepartement verhandelt werden.

«Basellandschaftliche Zeitung»

Basel: Behindertenwohnheim eröffnet. Der anthroposophisch ausgerichtete Verein Jufa hat in Basel ein 12plätziges Behindertenwohnheim eröffnet. Damit schliesst er eine Lücke in seinem Angebot, das die Betreuung geistig Behinderter jeden Alters umfasst. Zudem durfte der Verein von der Aktion «Denk an mich» von Radio DRS als Geschenk einen 14plätzigen Kleinbus empfangen.

«Basellandschaftliche Zeitung»

Lausen: Behindertenwohnheim Räbhof bezogen. In Lausen konnte das Behindertenwohnheim Räbhof seiner Bestimmung übergeben werden. Es befindet sich in den Mauern eines Bauernhauses mit Jahrgang 1607 und bietet 12 Plätze. Dazu gehört auch eine Beschäftigungsstätte mit 17 Plätzen.

«Basellandschaftliche Zeitung»

Bern

Beitenwil: Altersheim ohne Kanton saniert. Der Kanton Bern wollte ins abgelegene Altersheim Beitenwil kein Geld mehr investieren. Darum hat jetzt der Verein für das Alter im Amt Konolfingen das Heim aus eigener Kraft und mit Hilfe von Geldspenden saniert. Das Privatheim mit seinen 28 Pensionären kann deshalb getrost in die Zukunft blicken.

«Berner Zeitung»

Bern: Sorgen der Krankenheime mit der Spitalplanung. Die Abgeordneten der Vereinigten Krankenheime Gottesgnad des Kantons Bern sorgen sich um ihre künftige Stellung. Sie waren bisher Teil der Spitalplanung und unterstehen dem Spitalgesetz. Dies könnte sich mit dem von der Gesundheits- und Fürsorgedirektion vorgesehenen 4-Regionen-Modell für den stationären Akutbereich ändern.

«Berner Tagwacht»

Boll-Sinneringen: Umstrittenes Geriatrieheim. In einer ehemaligen Fabrik mitten im Oberfeld in Boll-Sinneringen will eine Thuner Institution ein Heim für 25 Alzheimer-Patienten errichten. Das Vorhaben und die Bauherrschaft stossen auf Widerstand in der Nachbarschaft. Die Heimpläne seien nicht behindertengerecht, und die Bauherrschaft habe mit einem anderen derartigen Privatheim in Interlaken mehrmals für negative Schlagzeilen gesorgt, wird festgehalten.

«Der Bund»

Gunten: Psychiatrie im Hotel. Seit letztem November können Menschen jeden Alters bei seelischen Krisen bei der Stiftung Interventio in Gunten anklopfen. Im Parkhotel befindet sich eine psychiatrische Therapiestation auf christlicher Basis, die vorläufig bis zu neun Patienten aufnehmen kann.

«Berner Oberländer»

Gwatt: Wolken vor Altersheim Sunneschyn. Die Pro Senectute Spiez beschwerte sich bei der Gesundheitsdirektion mit einem Brief gegen die Zustände im privaten Altersheim

Sunneschyn in Gewatt. Die Betagten würden nicht korrekt behandelt und gepflegt, vor allem bestünden Mängel in der Hygiene. Damit ist das Heim ein weiteres Mal in die Schlagzeilen geraten. Nach Aussagen der Heimleitung seien alle Vorwürfe erfunden und erlogen.

«Berner Zeitung»

Hilterfingen: 10 Jahre Übergangswohnheim Eden. Das Übergangswohnheim Eden in Hilterfingen war 1993 gut ausgelastet. Bewährt hat sich das Arbeits-Integrationsprogramm, das noch weiter ausgebaut werden soll. *«Berner Zeitung»*

Interlaken: Behindertenzentrum hat neuen Pavillon. Der Verein regionales Behindertenzentrum Interlaken hat einen Pavillon aufgestellt, in welchem zwei weitere Werkräume für Behinderte zur Verfügung stehen.

«Berner Zeitung»

Lenk/Zweisimmen: Bauten für Behinderte eingeweiht. Die Region Obersimmental/Saanenland hat neu ein eigenes Behindertenwohnheim an der Lenk und die Behindertenwerkstätte Bergquelle in Zweisimmen. Weitere Eröffnungen sollen folgen.

«Berner Zeitung»

Spiez: Für behindertengerechtes Leben. Das Asyl Gottesgnad in Spiez will eines seiner Häuser den Bedürfnissen der schwerstbehinderten Kinder und Erwachsenen anpassen. Durch einen 3,5 Millionen Franken schweren Umbau sollen die Behinderten in Zukunft mehr in einer Art Wohnung als in Krankenzimmern leben.

«Berner Zeitung»

Utzigen: Altersheim verpachtete Bauernhof. Die Delegiertenversammlung des Oberländischen Pflege- und Altersheims Utzigen hat beschlossen, aus finanziellen Gründen den betriebseigenen Bauernhof dem bisherigen Betriebsleiter in Pacht zu geben.

«Der Bund»

Freiburg

Sugiez: Umbauprojekt für Speisesaal im Altersheim.

Der Speisesaal des Altersheims Sugiez ist zu klein und soll in seiner Grösse durch einen Anbau verdoppelt werden. Das unbestrittene Vorhaben sorgte an der Delegiertenversammlung doch noch für einigen Zündstoff, weil der Architekt, der seinerzeit das Heim gebaut hatte, auf sein geistiges Eigentum pochte und sich verbat, dass ein anderer Architekt dazu Erweiterungspläne ausarbeite und realisiere.

«Freiburger Nachrichten»

Sugiez: Altersheim weihte Tierpark ein. Das Altersheim in Sugiez hat einen alten Wunsch in Wirklichkeit umgesetzt: Es eröffnete anfangs Juni einen kleinen Tierpark mit einem Fest.

«Anzeiger von Kerzers»

Glarus

Linthal: Altersheim sucht Geldgeber. Die Verantwortlichen des Altersheims Linthal suchen neue Geldgeber, um die laufenden Kosten tragen zu helfen. Konkret fordert die Altersheimkommission, die Fürsorgegemeinde Linthal solle die Abschreibungen und den baulichen Unterhalt übernehmen. «Glarner Nachrichten»

Graubünden

Chur: Ruhe im Altersheim Masans? Nachdem die Heimleitung des Evangelischen Altersheims Masans in Chur wochenlang für Schlagzeilen sorgte – unter anderem wurden ihr übersetzte Bezüge von Naturalien über das Heim vorgeworfen –, schien wieder Ruhe einzukehren, nachdem die Arbeitsverträge mit der Heimleitung neu gefasst worden waren. Nun wird aber seitens der Betagten der Rücktritt des Heimleiters gefordert.

«Bündner Zeitung»

Cumbel: Alters- und Pflegeheim eingeweiht. Mit einem Tag der offenen Tür wurde anfangs Juni in Cumbel das im Januar in Betrieb genommene Alters- und Pflegeheim offiziell eingeweiht. Das im Rahmen der Gesamtsanierung um eine Pflegestation erweiterte Ge-



Ihre Möglichkeiten mit DIALOG/heim zeigen wir Ihnen gerne in einer Dokumentation oder noch besser an einer unverbindlichen Vorführung. Erleben Sie, wie einfach die Anwendung ist, wie elegant die Integration zu einer umfassenden Gesamtlösung führt und wie automatisch DIALOG/heim Sie bei allen Aufgaben unterstützt. Es lohnt sich, diese neue Software-Generation im DOS, OS/2 und UNIX-Bereich genauer zu prüfen. Wer DIALOG/heim kennt, der möchte sich nicht mit Halbheiten zufrieden geben.

AHP Informatik AG Schuppisstrasse 13, 9016 St. Gallen Tel. 071 35 58 58, Fax 071 35 22 12

ALSOFT Informatik AG Caseala, 7417 Paspels Tel. 081 83 10 40 , Fax 081 83 10 00

B + D A G Wunderlistrasse 47, 8037 Zürich Tel. 01 272 36 76, Fax 01 272 36 75

Committo AG Bielweg 3, 2554 Meinisberg Tel. 032 87 25 25, Fax 032 87 30 21

DIALOG Center ETB AG Baselstrasse 93-94, 4144 Arlesheim Tel. 061 411 10 55, Fax 061 411 10 59

IBACOM STANDARD AG An der Halde 3, 9495 Triesen Tel. 075 392 22 70, Fax 075 392 10 15

IMTHOG AG Parkterrasse 10, 3001 Bern Tel. 031 311 75 15, Fax 031 312 72 50 IP Informatik Partner AG Lorrainestrasse 8a, 3013 Bern Tel. 031 333 14 14, Fax 031 331 07 04

Knobel EDV AG Hauptstrasse 10, 8872 Weesen Tel. 058 43 19 43, Fax 058 43 19 60

Petignat EDV-Beratung Breitacher 34, 5406 Baden Tel. 056 83 37 77, Fax 056 83 17 59

Simultan AG Kantonsstrasse, 6246 Altishofen Tel. 062 86 90 00, Fax 062 86 90 10

Simultan SA 16, place Cornavin, 1201 Genève Tel. 022 732 49 39, Fax 022 731 61 86

Simultan SA Via al Ponte 10, 6903 Lugano Tel. 091 57 35 35, Fax 091 56 11 55

WMC Verwaltung + Beratung AG Röschenzerstrasse 9, 4153 Reinach Tel. 061 716 11 11, Fax 061 716 11 16

Informationen erhalten Sie direkt durch den Schweizer Hersteller SIMULTAN AG, Altishofen (Tel. 062 86 90 00) oder vom spezialisierten Fachhändler in Ihrer Nähe.



Spezifische EDV-Lösung, mit Heimleitern entwickelt

bäude bietet nun 45 Betagten der Val Lumnezia Platz.

«Bündner Zeitung»

Disentis: Baubeginn für Pflegeheim. Anfangs Juni wurde in Disentis mit dem Bau des Pflegeheims Sursassiala begonnen. An diesem Heim sind die Gemeinden Disentis, Medel und Tujetsch beteiligt. Es soll in 18 Zimmern dereinst 36 Betten anbieten und dürfte rund 6,8 Millionen Franken kosten. Einzugstermin: Oktober 1995.

«Bündner Zeitung»

Malix: Neues Leben im Kinderheim. Im ehemaligen Durchgangsheim für Asylbewerber in Malix ist neues Leben eingekehrt. Jungen Menschen mit schlechten Startbedingungen soll in der «Lernstatt Känguruh» Hilfe auf dem Weg ins Erwachsenenleben geboten werden. «Bündner Zeitung»

Scharans: Sanierungsarbeiten am Heim Scalottas. Das Kinderpflege- und Wohnheim Scalottas in Scharans bedarf einer Sanierung. In drei Etappen und während den kommenden 15 Jahren sollen die Mängel behoben werden. Dringend ist auch ein Neubau mit 12 zusätzlichen Heimplätzen. «Pöschtli»

Trun: Altersheim-Erweiterung vor der Tür. Das Altersheim Sogn Martin in Trun soll – vor allem im Pflegebereich – mittels Anbau erweitert werden. Im Augenblick sind die prämierten Wettbewerbsprojekte in Überarbeitung.

«Bündner Tagblatt»

Luzern

Luzern: SP lanciert Volksmotion. Die Sozialdemokratische Partei der Stadt Luzern, unterstützt von anderen Gruppierungen, hat zwei Volksmotionen lanciert. Mit der einen wird die Erhaltung des provisorischen Pflegeheims Hirschpark verlangt, mit der anderen die Beibehaltung des Bestandes an Wohnheimbetten (derzeit 430).

«Luzerner Zeitung»

Wolhusen: Erweiterungspläne für Pflegeheim. Das Alters- und Pflegeheim Berghof in Wolhusen soll saniert und gleichzeitig ausgebaut werden. Man rechnet mit Kosten von 5,66 Millionen Franken. Zurzeit liegen die Pläne bei den kantonalen Behörden zur Begutachtung auf.

«Entlebucher Anzeiger»

St. Gallen

Buchs: Studie über Pflegeheimplätze. Die vom Vorstand des Pflegeheims Werdenberg erteilte Studie über den Bedarf an Pflegeheimplätzen in der Region Werdenberg hat ergeben, dass die Gemeinde Buchs für das Altersheim Äuli ein Neubau-Projekt prüfen soll. Das Haus genüge den zeitgemässen Anforderungen nicht mehr.

«St. Galler Tagblatt»

Eichberg: Gemeindeversammlung beschliesst Altersheimumbau. Das Kleinaltersheim Bühl in Hinterforst, Gemeinde Eichberg, kann umgebaut werden. Das zweihundertjährige Haus, in welchem seit Jahrzehnten keine Investitionen mehr vorgenommen worden waren, soll mit einem Kredit von 430 000 Franken saniert werden.

«St. Galler Tagblatt»

Oberriet: Renovation des Altersheims Feldhof. Das anfangs der sechziger Jahre erstellte Altersheim Feldhof in Oberriet wird seit einiger Zeit einer umfassenden Renovation unterzogen. Nicht nur die Pensionärszimmer werden neu gestaltet, sondern der gesamte Bau bekommt ein neues inneres Gesicht. Darin eingeschlossen sind auch Küche und sämtliche Nebenräume. Im Herbst werden die neugestalteten Räumlichkeiten bezogen.

«Rheintalische Volkszeitung»

Rapperswil: Altersleitbild erarbeitet. Die Schaffungen von Pflegewohnungen, der Bau eines eigentlichen Alterszentrums und die Schaffung einer ständigen Alterskommission sind die zentralen Punkte des neuen Altersleitbildes der Stadt Rapperswil. Ein weiterer Punkt ist die Sanierung des Alters- und Pflegeheims Meienberg in zwei Etappen.

«Linth-Zeitung»

St. Gallen: Wohnheim Schaugenbädli geschlossen. Das vom Verein «Unterschlupf» geführte Wohnheim Schaugenbädli wurde Ende Mai geschlossen. Wie es in einem Communiqué heisst, seien finanzielle Gründe für diesen Schritt ausschlaggebend gewesen. Seit Dezember 1991 waren in der ehemaligen Restaurant-Liegenschaft im Osten der Stadt St. Gallen niederschwellig Drogenabhängige rund um die Uhr betreut worden.

«Schweiz. Depeschenagentur»

Schaffhausen

Schaffhausen: 25 Jahre kantonales Pflegeheim. Das kantonale Pflegeheim des Kantons Schaffhausen konnte das Jubiläum seines 25jährigen Bestehens feiern. In dieser Zeit hat sich das Pflegeheim zu einem eigentlichen Geriatriezentrum weiterentwickelt.

«Schaffhauser Nachrichten»

Schaffhausen: Altersheim Schönbühl vor Umbau. Das private Altersheim Schönbühl in Schaffhausen steht vor verschiedenen Umbauarbeiten. Neben Komfortanpassungen steht die Einrichtung einer Wohngruppe für verwirrte Menschen im Zentrum.

«Schaffhauser AZ»

Schwyz

Einsiedeln: Vorlage Altersheim gutgeheissen. Die Stimmberechtigten des Bezirks Einsiedeln haben die Urnenvorlage für den Umbau und die Renovation des Altersheims Langrüti angenommen. Damit verbunden war ein Kredit von 8,1 Millionen Franken.

«Schweizer Baublatt»

Solothurn

Matzendorf: Gärtnerei und Wohnheim eingeweiht. In Matzendorf konnte der Verein Eingliederungsstätte für Behinderte Oensingen (Vebo) eine modern eingerichtete Gärtnerei und ein Wohnheim einweihen. Dadurch wird 22 Menschen mit einer Behinderung ein Arbeits-, Ausbildungs-, Abklärungs- oder Therapie-

platz und weiteren 20 Behinderten ein Wohnplatz angeboten. Die Gesamtüberbauung kostete insgesamt 12,2 Millionen Franken.

«Solothurner Nachrichten»

Olten: Ausbau im Haus zur Heimat abgeschlossen. Das Alters- und Pflegeheim Haus zur Heimat in Olten hat eine längere Ausbauphase hinter sich. Nach dem Vollausbau der Pflegeabteilung stehen nun 15 Pflegebetten zur Verfügung. Das Heim hat gesamthaft 67 Plätze. «Oltner Tagblatt»

Solothurn: Tagesheim wird geschlossen. Auf Beginn des Schuljahres 1994/95 wird das Tagesheim Brühl geschlossen. Das Tagi war zu wenig wirtschaftlich und die Nachfrage nach Plätzen nicht vorhanden. Um weiterhin etwas anbieten zu können, wird gleichzeitig im Schulhaus Brühl ein Tageshort eröffnet. «Oltner Tagblatt»

Tessin

Claro: Baubeginn für Altersheim im Herbst. Das neue Altersheim für die fünf Gemeinden Claro, Cresciano, Iragna, Lodrino und Osogna wird in Claro realisiert werden. Geplant ist ein Gebäude mit 48 Betten. Die Kosten sind auf 13,1 Millionen Franken veranschlagt. Der Baubeginn soll in diesem Herbst sein.

«Schweizer Baublatt»

Coldrerio: Kredit für Kinderheim. Der Gemeinderat von Coldrerio hat den Kreditantrag von 4 Millionen Franken für den Bau eines Kinderheims verabschiedet.

«Schweizer Baublatt»

Lugano: Sanierung der Casa Serena. Das Alters- und Pflegeheim Casa Serena in Lugano soll für 8,2 Millionen Franken saniert werden. Unter anderem werden die Alterswohnungen in Einzelzimmer umfunktioniert, so dass die Bettenzahl von 112 auf 162 erhöht werden kann. Ferner werden die Balkone ersetzt.

«Schweizer Baublatt»

■ Thurgau

Arbon: Pflege- statt Personalzimmer. Das dritte Stockwerk des Arboner Pflegeheims kann umgebaut werden. Dies beschloss die Generalversammlung. Damit werden aus den bisherigen Personalzimmern zehn neue Pflegezimmer geschaffen.

«Thurgauer Zeitung»

Erlen: Heim möchte im Gespräch bleiben. In der Region des Altersheimes Scholl Eppishausen in Erlen besteht Bedarf nach Information über Tätigkeit und Wirkungskreis des Heimes. Das ist eines der Fazite, die aus einer Popularitätsumfrage bei nahezu 500 Personen rühren. Die Umfrage brachte für das Heim und seine Führung interessante Aussagen. «Bodensee-Zeitung»

Guntershausen: Heim denkt an die Zukunft. Das Krankenund Pflegeheim Brünnliacker tätigt Investitionen, um die Wohnqualität seiner Bewohner zu verbessern. Dazu war zuerst eine Zonenplanänderung notwendig, um die etappenweise auszuführenden Projekte durchzuführen.

«Thurgauer Zeitung»

Unterwalden

Emmetten: Gemeinde baut neues Bürgerheim. An der Gemeindeversammlung vom 27. Mai bewilligten Emmettens Stimmbürger einen Kredit von 2,5 Millionen Franken für den Neubau des Bürgerheims. Es soll an der Stelle des baufälligen Bürgerheims entstehen. Baubeginn ist in diesem Herbst. *«Obwaldner Zeitung»*

Sachseln: Umfrage wegen Altersheim. Die Verwerfung des Baubeitrages für den Umbau und die Erweiterung des Felsenheimes in Sachseln hat langjährige Bemühungen um eine Verbesserung der Betagtenbetreuung zunichte gemacht. Die Stiftung will nun

mit einer Umfrage eruieren, wie sie weiterplanen soll.

«Luzerner Zeitung»

Zug

Zug: Kinder-Tagesheime eröffnet. Anfang Juni öffnete
in Zug das neugeschaffene
Tagesheim für Kleinkinder
«Stampfi» seine Türen. Bereits
einige Wochen zuvor hatte das
Tagesheim für Kindergartenund Schulkinder «Herti» seinen Betrieb aufgenommen.
Die beiden Einrichtungen gewährleisten eine ganztägige
Betreuung von Kindern.

«Zuger Zeitung»

Zürich

Hinwil: Keine Altersheimstiftung. Der Gemeinderat Hinwil hat beschlossen, definitiv von einem zweiten Anlauf für eine Altersheimstiftung abzusehen. Damit wird auch künftig die politische Gemeinde zuständig sein für Betrieb

und Unterhalt des Alters- und Pflegeheims.

«Die Regionalzeitung»

Winterthur: Neuartige Modellstation. Für depressive, seelisch und sozial verwirrte Jugendliche zwischen 16 und 26 gibt es eine neue Hoffnung: die «Sozialpädagogischpsychiatrische Modellstation für schwere Adoleszentenstörungen», abgekürzt Somosa, in Winterthur. Sie ist in ihrer Art in der Schweiz neuartig, als Versuch auf fünf Jahr befristet und wird von der Stiftung «Entwicklungspsychiatrie des Erwachsenenalters» jungen getragen. «Tages-Anzeiger»

Winterthur: Langzeitpflegeplätze im «Lindberg». 28 Plätze für Langzeitpflege werden im «Lindberg»-Neubau auf Herbst 1996 entstehen. Im 17 Millionen Franken teuren neuen Gebäude, dem der Altbau weichen muss, wird zudem eine chirurgische Tagesklinik geschaffen.

«Der Landbote»



